

Gefangene ihrer Solidarität

Die Swapo-Interniertenfrage und die namibischen Kirchen

Im Kampf gegen Apartheid und um die Unabhängigkeit Namibias haben sich die Kirchen des Landes auf die Seite der Befreiungsbewegung Swapo gestellt. Über deren Folter und Ermordung eigener Angehöriger glaubten sie „im Dienste der gerechten Sache“ hinwegsehen zu müssen. Mit der Unabhängigkeit und der Politik der Versöhnung trat auch die so genannte Dissidentenfrage in den öffentlichen Raum. Die Opfer setzten angesichts des beharrlichen Schweigens der Swapo auf die Kirchen. Die tun sich jedoch mit der Aufarbeitung auch der eigenen Vergangenheit schwer.

Justine Hunter

„In Fragen mit so ernsten Konsequenzen für die Zukunft darf die Kirche nicht schweigen. Alle diese Tausende von Menschen werden innerhalb kürzester Zeit verloren sein und niemals nach Namibia zurückkehren. Aber es gibt Tausende von Familien, Freunden und Verwandten dieser Menschen, und ihre Stimmen werden laut nach einer Erklärung verlangen. Wie wird die Antwort der Kirche lauten?“

So liest sich ein Auszug aus einem Appell des namibischen Flüchtlingsseelsorgers Salatiel Ailonga, der sich im Mai 1977 an Repräsentanten der evangelisch-lutherischen Kirchen Namibias und des Lutherischen Weltbundes (LWB) gerichtet hatte. Vergebens hatte Ailonga versucht, auf eine verheerende Parteikrise innerhalb des Exilflügels der namibischen Befreiungsbewegung *South West African People's Organisation* (Swapo) in Sambia, in dessen Verlauf 1600 bis 1800 Exilanten unter unmenschlichen Bedingungen interniert worden waren, aufmerksam zu machen.

Die historische Bedeutung von Ailongas Bittschreiben liegt auf der Hand: Wären die Kirchenvertreter ihrer Verantwortung als Stimme der Stimmlosen vollends gerecht geworden, hätte das Leben vieler Exil-Namibianer während der Parteikrise der siebziger Jahre und darüber hinaus im Verlauf des so genannten Spionagedramas im Jahrzehnt darauf höchstwahrscheinlich gerettet werden können.

Als vermeintliche Spione der Besatzungsmacht Südafrika waren unzählige Namibianer während der achtziger Jahre in den Folterkammern und unterirdischen Gefängnissen des angolanischen Lubango eingesperrt, malträtiert und exekutiert worden oder auf andere Weise umgekommen. Namibische Menschenrechtsgruppen schätzen heute die Zahl der Vermissten, die zuletzt in „den Händen der Swapo“ gesehen worden waren, auf über zweitausend Personen.

Eintrittskarte zu westlicher Solidarität

In Afrika zählt Namibia zu den Ländern, die am weitesten vom Christentum geprägt worden sind. Die Erkenntnis, dass die biblische Botschaft von Gerechtigkeit und Gleichheit unvereinbar ist mit der alltäglichen Erfahrung von brutaler Unterdrückung und Apartheid, führte in den vierziger und fünfziger Jahren zu einer Abspaltung unabhängiger afrikanischer Kirchen.

Mit Unterstützung der katholischen und der anglikanischen Kirche hatten Vertreter der evangelisch-lutherischen Kirche Namibias am 30. Juni 1971 einen „Offenen Brief“ an den damaligen südafrikanischen Premierminister B.J. Vorster gesandt. Die namibischen Befreiungstheologen hinterfragten die Legitimität der südafrikanischen Präsenz und Handlungsweise in Namibia, leisteten den Opfern Hilfestellung und nahmen selbst die ultimative Rolle einer politischen Gegenbewegung ein.

Da Pretoria sich außerstande sah, die Kirche zu bannen, konnten die größtenteils "schwarzen" Kirchenführer ein politisches Vakuum füllen, indem sie ihren unterdrückten Brüdern und Schwestern eine einflussreiche Stimme verliehen. Gleichzeitig vermochten die Kirchen die Politik der ethnischen Separation durch ihren überregionalen Charakter zu durchbrechen.

So stand der im Jahre 1978 gegründete Namibische Kirchenrat (CCN) in erbitterter Konfrontation zu dem Apartheidregime und übernahm in vielerlei Hinsicht die Rolle eines alternativen internen Flügels der Swapo. Über eine auf einer christlichen Grundhaltung beruhenden moralischen Legitimation hinaus bot der Kirchenrat der Befreiungsbewegung eine unentbehrliche Eintrittskarte zur westlichen Solidaritätsbewegung und stützte nicht zuletzt intern und extern ihr befreiungspolitisches Monopol. Durch ihr weitreichendes Kontaktnetz, beispielsweise zum LWB und dem Weltkirchenrat (WKR) sowie ihren Partnerkirchen in Übersee, kreierten die Kirchen eine ökumenische Plattform im Namen der Befreiung.

Ein zweiseitiges Schwert

Der kanadische Historiker Philip Steenkamp sieht in der Rolle der Kirchen im namibischen Befreiungskampf das klassische Beispiel eines „zweiseitigen Schwertes“. Der Kirchenrat habe sich in doppelter Hinsicht als Alliiertes in dem Bestreben der Exil-Swapo, den internen Widerstand zu kontrollieren und zu monopolisieren, erwiesen: Er habe zum einen deren Dominanz legitimiert und zum anderen kritische Stimmen geschmäht. Dass Kirchenrat und Befreiungsbewegung ideologisch und personell praktisch zu einer Körperschaft verschmolzen waren, hatte zur Konsequenz, dass kritische Äußerungen gegen die Exil-Swapo die eigene politische Agenda infrage gestellt hatten.

Die Retrospektive lässt die Schlussfolgerung zu, dass viele Menschenleben in der Exilbewegung hätten gerettet werden können, wenn die Kirchen einen doppelten Standard der Menschenrechte vermieden und sich mit derselben Deutlichkeit dem Schicksal der Swapo-Opfer angenommen hätten, mit der sie die Praktiken des menschenverachtenden Apartheidsystems verurteilten. Sie schwiegen jedoch trotz ihres Wissens, und so wurden die internen Krisen der Swapo zu einem Testfall für die Integrität und Glaubwürdigkeit der Kirchen. Der

deutsche Flüchtlingsseelsorger Siegfried Groth bemängelte, dass „Beweismittel einfach in der Schublade verschwunden“ seien, denn die Befreiung habe „immer höchste Priorität“ genossen. Der heutige Kenntnisstand stützt sich im Wesentlichen auf Briefwechsel sowie seit Ende der achtziger Jahre auf Protokolle interner Debatten der Partnerkirchen in Übersee. Aus dem genannten Quellenbestand geht unmissverständlich hervor, dass einzelne kirchliche Verantwortungsträger bereits seit Mitte der siebziger Jahre über detaillierte Informationen bezüglich der Menschenrechtsvergehen der Swapo verfügten. Salatiel Ailongas Hilferuf von 1977 hatte erstmals eine Anzahl von Einzelheiten genannt. Sein Nachfolger Siegfried Groth, Flüchtlingskaplan in Sambia im Auftrag der Vereinigten Evangelischen Mission (VEM) und der evangelisch-lutherischen Kirchen Namibias, hatte seit Mitte der achtziger Jahre in persönlichen Anschreiben namibische und deutsche Kirchenrepräsentanten beschworen, vor den Ereignissen in Sambia und Angola nicht länger die Augen zu verschließen.

Zwischen zwei Feuern

Angehörige vermisster Exil-Namibianer, die sich im so genannten Elternkomitee zusammengeschlossen hatten, wandten sich im Juni 1985 in einem internen Memorandum an die CCN-Leitung. Da die Aktivisten, die sich entweder zu Swapo-Mitgliedern oder Sympathisanten zählten, auf herbe Zurückweisung stießen, gingen sie mit zahlreichen Bittschreiben an die internationale Öffentlichkeit. Mit der Begründung der Verletzung interner Geschäftsbedingungen wurden die Wortführer des Elternkomitees im Jahre 1986 aus ihren Positionen innerhalb des CCN entfernt. In ihrer Verzweiflung hatte sich eine Abspaltung des Elternkomitees fatalerweise an rechtsgerichtete Pro-Südafrika-Organisationen gewandt. Nach der Devise "Zeig mir deine Freunde und ich sag dir wer du bist" trug diese Assoziation in hohem Maße zur Isolation der Interessengruppe bei. Um den Wahrheitsgehalt der Vorwürfe des Elternkomitees zu prüfen, besuchte eine Delegation des Lutherischen Weltbundes auf persönliche Einladung des Swapo-Präsidenten Sam Nujoma im Dezember 1987 angolanische Flüchtlingslager. Leichtfertig verließ die Mission sich jedoch auf die Beteuerungen hochrangiger Swapo-Funktionäre und angolanischer Regierungsangehöriger. Entschuldigend verweist der Abschlussbericht auf die Kürze des Aufenthaltes und den damit verbundenen unvollendeten Charakter der Mission. Nichtsdestotrotz resümierte der damalige LWB-Generalsekretär, Gunnar Staalsett, vorbehaltlos, dass die Vorwürfe des Elternkomitees keinerlei Substanz hätten. Zweieinhalb Jahre später erwiderte Staalsett - auf seine Zurückhaltung hinsichtlich der Menschenrechtsvergehen angesprochen -, er sei "nicht für die Swapo verantwortlich" und "ohne die Swapo gäbe es heute kein befreites Namibia". Der LWB als weltweit anerkannte moralische und vertrauenswürdige Instanz bot der Exilführung somit Rückendeckung. Intensive Debatten um die Swapo-Interniertenfrage blieben in Deutschland auf interne Sitzungen der Missionsleitung der VEM und ihrer ökumenischen Partner beschränkt. Siegfried Groth meint, das Thema sei tabu gewesen und „die internationale Welt und die Kirchen von einer Lähmung und Ohnmacht befallen, die schwer zu erklären ist.“ Da Kritik an

der Swapo nahezu wirkungslos blieb, entschied sich Groth im Jahre 1989, sein Schweigen im Rahmen einer Dokumentation des Evangelischen Pressedienstes zu brechen: „Im Blick auf mein jahrelanges Schweigen fällt mir das Wort ein: ‚Gefangener seiner Solidarität‘.“

Erst im Prozess der namibischen Unabhängigkeit, im Sommer 1989, nach einer erschütternden Windhoek Pressekonferenz repatriierter ehemaliger Swapo-Häftlinge, initiierte das CCN-Exekutivkomitee ein Zusammentreffen der Opfer mit einzelnen Swapo-Funktionären. Dabei gab der Kirchenrat zwar zu, dass viele der Opfer dieses kriegerischen Teufelskreises unschuldig seien, bot aber gleichzeitig der verbündeten Swapo eine uneingeschränkte Rechtfertigung: Das Apartheidsystem habe erfolgreich Verdächtigungen und Misstrauen ausgesät und sei somit allein für die Zerstörung der Einheit der Unterdrückten zur Verantwortung zu ziehen.

Dieser Beurteilung schloss sich der anglikanische Erzbischof Edward Scott an, der konstatierte, dass er als Kirchenvertreter Menschenrechtsvergehen verurteile, aber "der Krieg ist ein schmutziges Geschäft, und die Swapo, die zweifelsohne von südafrikanischen Agenten infiltriert wurde, hat ausreichend Grund für Verdächtigungen gehabt".

Unverblümt sprach dagegen der deutsche katholische Geistliche Heinz Steegmann den Folteropfern der Swapo "mit großem Schmerz und tiefer Enttäuschung" sein Mitgefühl aus, warnte aber gleichzeitig vor einer Instrumentalisierung der Interniertenfrage für Wahlkampfpropaganda während der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung.

Die einseitige Konzentration auf die Gräueltaten des Apartheidregimes und der obersten Zielgeraden „Unabhängigkeit“ hatte den CCN - bewusst oder unbewusst - zum blinden und taubstummen Komplizen des Terrors in den Exillagern der Swapo gemacht. Hinzu trat die Euphorie der Unabhängigkeit, das Gefühl, eine große Aufgabe zu haben: Man war Teil der festlichen Stimmung der Befreiung.

Wie lange dauern die Flitterwochen?

„Wir haben der Swapo erlaubt, unseren eigenen Raum zu betreten. Dies genau ist die Position, in der sich die Kirche heute befindet.“ Dieses nüchterne Resümee einer Identitätskrise des CCN zieht sein ehemaliger Generalsekretär Ngeno Nakamhela im Jahre 2001 und fügt hinzu: „Man nahm eben nicht an, dass sich die Swapo selbst gegen die Prinzipien wandte, für die sie gefochten hatte.“

Der namibische Kirchenrat hatte es versäumt, dieselbe Wachhundfunktion gegenüber der Befreiungsbewegung einzunehmen, die sie gegen das menschenverachtende Apartheidsystem innegehabt und die ihr eine zentrale moralische und mobilisierende Funktion im Kampf verschafft hatte.

War der Handlungsspielraum der Kirchen während der Befreiungsära in Anbetracht der erschwerten Bedingungen einer zutiefst polarisierten politischen Kultur beschränkt, fordert der namibische Theologieprofessor Christo Lombard im unabhängigen Post-Apartheidstaat denselben Mut und dieselbe Verbindlichkeit, die die Kirchen im Kampf gegen das südafrikanische Unrechtsregime geleistet haben: „Wenn es den Kirchen nicht gelingt, das Thema von Ungerechtigkeit und Menschenrechten bei

den Befreiern, der Swapo selbst zu verankern, machen sie sich schuldig an der Vertuschung und leisten damit einer autoritären politischen Tradition und einer falschen Basis für wahre Versöhnung in Namibia Vorschub.“

Mit der politischen Unabhängigkeit Namibias, dem Erstarren zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und der eigenständigen Tätigkeit internationaler Entwicklungsorganisationen musste der CCN einen Bedeutungsverlust hinnehmen und sich strukturell und finanziell reorganisieren. Die Prioritätenverschiebung des CCN von politischen Themen hin zu sozialen Themen wie Armutsbekämpfung und Gesundheit ist nach Ansicht des namibischen Bischofs Zephania Kameeta Ausdruck dieser fortschreitenden Beruhigung und Entpolitisierung: „Ich habe das Gefühl, dass die Kirchen ein wenig müde geworden sind. Wir haben unser Ziel erreicht. Gott hat unsere Gebete erhört.“

In der Euphorie der politischen Unabhängigkeit akzeptierte der Kirchenrat die offizielle Versöhnungspolitik und ignorierte dabei die Bedeutung des Schuldbekenntnisses als Voraussetzung der Vergebung. Kameeta rechtfertigt diese Konzession damit, dass ein Blutbad nach der Unabhängigkeit unbedingt habe vermieden werden sollen, da es auch Auswirkungen auf eine Beendigung der Apartheid in Südafrika gehabt hätte.

Jahr der Gnade Gottes

Mit der Frage nach der Wahrhaftigkeit und Konsistenz eben jener Versöhnungspolitik hatte die englischsprachige Veröffentlichung von Pastor Groths Werk „Namibische Passion“ (*Breaking the Wall of Silence*) die Interniertenfrage im Jahre 1996 sprunghaft auf der Agenda des CCN platziert. Mit Blick auf das Nachbarland Südafrika, wo Erzbischof Desmond Tutu den Vorsitz der Wahrheits- und Versöhnungskommission übernommen hatte, kam Groths Publikation zum rechten Zeitpunkt, um den namibischen Kirchenrat zu einem Engagement für eine konstruktive Vergangenheitspolitik zu bewegen.

Zunächst bestand die kühne Hoffnung, dass der Kirchenrat das Thema aufgreifen würde: Auf seiner Jahresversammlung gestand der ehemalige CCN-Generalsekretär Abisai Shejvali ein, während seiner Amtszeit von der (Gegen-)Propaganda der Befreiungsbewegung fehlgeleitet worden zu sein. Doch schnell wurde deutlich, dass es nur ein sehr limitiertes kirchliches Engagement geben würde. Der CCN wies die Einladung ehemaliger Häftlinge ab, an der öffentlichen Vorstellung des Groth-Buches teilzunehmen.

Im Rahmen einer Rundfunkdiskussion, an der verschiedene Kirchenvertreter teilgenommen hatten, gab Bischof Kleopas Dumeni zu verstehen, dass die „Namibische Passion“ einseitig die Menschenrechtsverletzungen der Befreiungsbewegung rüge und es Pastor Groth als Ausländer nicht zustehe, die Geschichte des Landes zu beurteilen. Gleichzeitig kündigte der damalige CCN-Generalsekretär Nakamhela jedoch an, im vom CCN ausgerufenen „Jahr der Gnade Gottes“ eine Konferenz zur Interniertenfrage durchführen zu wollen. Amtsträger innerhalb der anglikanischen, der katholischen und der evangelisch-lutherischen Kirchen des Nordens gingen jedoch bald auf

Distanz zum kirchlichen Versöhnungsprogramm. Die Konferenz sei einseitig, würde Wunden aufreißen, die im Begriff seien zu heilen, und der Politisierung der Thematik Vorschub leisten.

Der Mangel an Einheit der Mitgliedskirchen erleichterte es der Regierungspartei, einen Keil in das kirchliche Engagement zu treiben. Eine Gruppe von Kirchenvertretern wurde bei einer Vorladung von Staatspräsident Sam Nujoma „wie junge Swapo-Kader diszipliniert“ (Christo Lombard) und davor gewarnt, den Versöhnungsprozess zu untergraben und somit den Frieden zu gefährden. Gegen Nakamhela wurde eine diskreditierende Flüsterkampagne in Gang gesetzt. Das Resultat der Kampagne war eine permanente Verzögerung des geplanten Versöhnungsprogramms. Letzten Endes kam es nur zu einer einzigen Konferenz; politischer Druck hatte die Substanz der kirchlichen Initiative verwässert.

Mit ausgesprochener Hartnäckigkeit haben die Swapo-Ex-Häftlinge trotz dieser Niederlage jedoch niemals aufgehört, an die Türen des Kirchenrates zu klopfen. Pauline Dempers, die Vorsitzende der Bewegung ehemaliger Swapo-Internierter, des *Breaking The Wall of Silence Movement* (BWS), hofft, dass die Kirchen, „die einen wichtigen Platz im Herzen der Namibianer und der Seele der Nation innehaben“, letztlich den entscheidenden Anstoß zu einer konstruktiven Aufarbeitung der schmerzhaften Vergangenheit liefern werden. Die entschlossene Stellungnahme einzelner Mitgliedskirchen des CCN zu gegenwärtigen Menschenrechtsvergehen namibischer Sicherheitskräfte in den Regionen des Caprivi und Kavango sorgte letztendlich im Jahre 2001 für eine Annäherung zwischen dem Kirchenrat und der Menschenrechtsgruppe der BWS.

Nach Meinung eines Kenners der politischen Verhältnisse in Namibia, Henning Melber, ist die enge Übereinstimmung zwischen Regierungspolitik und kirchlicher Führung einem distanzierteren Verhältnis gewichen.

Symbolkraft zeigte die schriftliche Anfrage des CCN "Was erwartet Ihr von uns?" an die Adresse der BWS. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema „Versöhnung als ethischer und religiöser Wert“ signalisierte die gegenwärtige CCN-Generalsekretärin Nangula Kathindi die Bereitschaft, als Mediator zu fungieren. Da der Kirchenrat auf das volle Einverständnis aller Konfliktparteien angewiesen sei, sei der CCN allerdings nicht bereit, "Vorwürfe zu erheben und Schuld zuzuteilen".

Spiegelbild der Glaubensgemeinschaft

Der Schlüssel zum Verständnis der aufgezeigten Problematik liegt darin begründet, dass der CCN nicht nur Träger einer prophetischen Botschaft, sondern insbesondere Spiegelbild seiner Glaubensgemeinschaft war und ist. Entsprechend argumentiert der namibische Kirchenhistoriker S.V.V. Nambala, dass der "Offene Brief" von 1971 weniger eine Kampagne gegen spezifische individuelle Menschenrechtsverletzungen beinhaltet habe, sondern in erster Linie als eine politische Botschaft gegen Kolonialismus und Apartheid zu verstehen sei. Als Stellvertreter und Repräsentant der unterdrückten Bevölkerungsmehrheit habe der Kirchenrat keine neutrale Position innehaben können. Obwohl das kirchliche Engagement von Prinzipien christlicher Ethik geleitet war, stellte der CCN als Körperschaft

nur das dar, was die große Mehrheit seiner meist "schwarzen" Mitgliedschaft einforderte: in erster Linie die politische Befreiung und die Selbstbestimmung als kollektives Menschenrecht.

Warum der Umgang mit den Menschenrechtsverbrechen des Befreiers so schwerfällig ist, illustriert der deutsche Politikwissenschaftler Marc Arenhövel in seiner Schrift zur Demokratie und Erinnerung: Denn dort, „wo aus Opfern selber Täter wurden und die moralischen Standards durcheinander gerieten“, ebendort werde der Umgang mit der Vergangenheit nicht in wenigen Jahren gelingen.

Die Autorin lebt in Namibia und hat über das Thema an der Universität zu Freiburg promoviert.